

(Minister Dr. Horstmann)

(A) Übrigens: Für dieses Landeszentrum werden keine zusätzlichen Stellen geschaffen. Hier handelt es sich vielmehr um eine Umwidmung von Stellen bei der Landesstelle Unna-Massen, eine Umwidmung, die keine Beschneidung der dort erfolgreichen Arbeit bedeutet. Im Gegenteil: Wir tun einen Schritt praktischer Verwaltungsmodernisierung. Die Organisationsstrukturen der Integrationsarbeit werden ohne Ausdehnung auf neue Herausforderungen ausgerichtet.

Mit der Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte am 26. Oktober dieses Jahres ist für die kommunalen Ausländerbeiräte eine Informations- und Kommunikationsstruktur geschaffen worden - aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt, insbesondere deshalb, weil er die integrationsfreundlichen Gruppen ausländischer Bürgerinnen und Bürger stärken wird. Das ist in der derzeitigen Situation außerordentlich wichtig. Ich bin sicher, daß von der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte positive Impulse für einen demokratischen und toleranten Dialog zwischen ausländischen und deutschen Mitbürgern ausgehen werden.

(B) Leider hat uns die CDU-Fraktion in den Ausschußberatungen nichts als Polemik geboten. Das ist nicht gut auf einem sensiblen politischen Feld, auf dem man mit falschen und pauschalierenden Behauptungen Vorurteile und Ressentiments schürt. Auch heute ist das nicht anders, obwohl die Landtagsopposition ja gar nicht redet. Ich möchte ein Beispiel nennen. Sie bezeichnen in Ihrem heutigen Änderungsantrag als "unvertretbare freiwillige Leistung" des Landes die - ich darf zitieren - "zusätzliche Sozialberatung von Ausländern durch grüne Klientelgruppen (6,6 Mio. DM)". Was soll, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, eine solch undifferenzierte, eine solch unsachliche, eine so irreführende Behauptung!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir leisten diese Sozialberatung seit vielen Jahren erfolgreich, übrigens in Zusammenarbeit mit dem Bund. Es ist auch kein neues Geld. Der Ansatz wird aus dem Haushaltsplan 1996 überrollt. Und diese wichtige Sozialberatung wird von der Arbeiterwohlfahrt, der Diakonie und von der Caritas getragen, meine Damen und Herren. Wenn die CDU-Fraktion hier von "grünen Klientelgruppen" spricht, irritiert mich das, offen gestanden, sehr. Ich würde dazu sehr gern eine Bewertung der CDU-Fraktion hören.

(C) Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedanken. Sie haben die Landesregierung bei ihren Anstrengungen unterstützt, trotz aller Sparzwänge die Integrationsanstrengungen auf hohem Niveau fortzusetzen. Sie haben in den Beratungen ein deutliches Signal dafür gesetzt, daß der Integrationspolitik in diesem Land hohe Priorität eingeräumt wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb **schließe** ich die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Wer dem **Einzelplan 07** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1607** seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei zwei Enthaltungen gegen die Stimmen der CDU so **beschlossen**.

Ich rufe nunmehr

**Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen**

auf und verweise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1614**.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile Herrn Kollegen Wolf von der SPD-Fraktion das Wort.

**Gerd-Peter Wolf (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein bißchen gespenstisch ist es schon, wenn man zu einem Haushalt redet, und einer der Gesprächspartner, die man hat - die Opposition -, fällt aus. Abstinenz als Anfall kollektiver Faulheit

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Oliver Wittke [CDU] zur Präsidentin: Rügen!)

hat natürlich seine zwei Seiten. Sie müssen mir endlich einmal - ich freue mich, daß auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Wohnungsbauausschuß da sind - einfach nur zuhören.

Die wichtigste Botschaft, die man mit dem Haushalt 1997 für den Baubereich überbringen kann, ist: Auch im nächsten Jahr werden mindestens

(C)

(D)

(Wolf [SPD])

- (A) die versprochenen 27 000 Wohnungen in NRW mit öffentlichen Mitteln gefördert

(Beifall bei der SPD)

- und das in finanziell wirklich schwierigen Zeiten und obwohl sich der Bund weiter aus dem sozialen Wohnungsbau zurückzieht.

Die Entwicklung der Bundesfinanzhilfen der Jahre 1992 bis 1997 ist dramatisch. Es gibt einen Rückgang von Mitteln für NRW von 700 Millionen DM im Jahr 1992 auf 323,6 Millionen DM im nächsten Jahr. Das ist eine Reduzierung um mehr als die Hälfte. Daß wir dennoch unser Wohnungsbauprogramm auf hohem Niveau fahren, ist ein Zeichen dafür, daß wir Wort halten auch in schwierigen Zeiten, daß sich die Menschen in NRW auf Rot und Grün verlassen können.

Wir werden weiterhin den sozialen Wohnungsbau mit dem Schwerpunkt erster Förderweg in den Mittelpunkt unserer Bemühungen stellen. Denn trotz Entspannungstendenzen in bestimmten Bereichen des Wohnungsmarktes ist hier weiterhin schwierige Kärnerarbeit zu leisten. Einkommensschwache Menschen haben auch heute noch Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

- (B) Wir lassen nicht zu, daß der erste Förderweg als zu teuer diffamiert wird. Bundesbauminister Töpfer begründet seine abenteuerlichen Pläne ja unter anderem damit, daß eine Sozialwohnung heute mit mehr als 200 000 DM subventioniert werden muß. Das mag da gelten, wo die CDU das Sagen hat. In NRW gibt es ein Darlehen von 120 000 bis 130 000 DM, das vom Darlehensempfänger über die Zeit zurückgezahlt wird. Wohnungsbau in NRW ist weiterhin effektiv und bezahlbar. Das werden wir auch im nächsten Jahr beweisen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Obwohl der Haushalt im wesentlichen überrollt worden ist, wird es neue Akzente geben; da stimmen wir teilweise überein. Wir werden trotz knapper Kassen das, was wir nicht verloren haben, einsetzen, nämlich Phantasie und Gestaltungswillen. Im Eigentumsbereich werden wir - davon gehe ich aus - 8 600 Wohnungen in der direkten Förderung fördern. Wir hoffen, daß wir mit den ersten Schritten des Bürgerschaftsmodells für den Eigenheimbau neue Gruppen erschließen und diesen Wege eröffnen.

Wir werden - auch da gibt es keine großen Differenzen - die einkommensabhängige Förderung weiter ausbauen, denn wir meinen, wir müssen prüfen, ob es nicht doch noch bessere Möglichkeiten gibt, mit den Instrumenten, die wir haben, und mit weniger Geld Wohnungsbau in NRW auf die Beine zu stellen.

(C)

Wenn wir das nicht machen würden, dann könnten Sie uns zu Recht als vernagelt und borniert beschimpfen. Wir pokern aber in jedem Jahr mit den Investoren sehr genau aus, wie wir mit geringstmöglichem Mitteleinsatz den höchsten Effekt erzielen. Wir werden die Pokerpartie auch im nächsten Jahr gewinnen, und zwar in dem Sinne, daß die Mittel abfließen, daß gebaut wird für die Menschen in unserem Lande.

Die größte Gefahr für die Menschen in unserem Land geht von Bonn aus. Wohnungsbau wird von einem Bauminister, auf den ich große Hoffnungen gesetzt habe, genauso durchexerziert wie von seinen Vorgängerinnen und Vorgängern. Er hat die Attitüde dieser Damen und Herren angenommen, die meinen, wenn sie hundertmal einen ersten Spatenstich gemacht haben, seien sie Wohnungsbauexperten. Durch welche Schweineställe sind wir in den letzten Jahren getrieben worden!

(Klaus Matthiesen [SPD]: Was?)

(D)

- Schweineställe.

Das erste Allheilmittel war der dritte Förderweg. Die CDU in NRW ist dabei geblieben. Sie fordert weiterhin mehr im dritten Förderweg. Aber Herr Töpfer war dann schon weiter: einkommensabhängige Förderung. - Alle schlagen die Hände überm Kopf zusammen. Es wird ganz vorsichtig bundesweit probiert. Aber kaum war diese Debatte einigermaßen überwunden, präsentierte uns Herr Töpfer ein neues Kapitel, Reform des Wohnungsbaurechts, bei dem jedem, der von Wohnungsbau Ahnung hat, nur die Haare zu Berge stehen können. Bei mir ist das nicht mehr so schlimm, da fällt es auch nicht mehr so auf. Bei unserem Minister aber hätte das ein schreckliches Bild geben können, wenn wir dabei gewesen wären, als er zum ersten Mal gelesen hat, was Herr Töpfer da vorgelegt hat.

Herr Töpfer erdreistet sich wirklich zu glauben, uns mit seinen Überlegungen gängeln und vorschreiben zu können, wie wir unser Verhältnis zwischen Ländern und Kommunen regeln. Da haben ihm die Länderbauminister in ihrer Konferenz

(Wolf [SPD])

- (A) auf die Finger geklopft und deutlich gemacht, daß die Wohnungsbauförderung auch in Zukunft die Versorgungsprobleme für Haushalte mit niedrigem Einkommen lösen muß und daß die Stärke unseres Landes in der Vielfalt liegt, daß die Vielfalt der Länderregelungen auch den unterschiedlichen Wohnungsteilmärkten, die es ja gibt, besser gerecht wird als das einfache einmalige Bürsten von Herrn Töpfer in Form der Überlegungen von Frau Thoben.

Wenn er da bürsten würde, wo Bürsten angesagt ist, nämlich bei der Fehlbelegerabgabe, dann hätten wir viele Probleme des Wohnungsmarktes nicht so, wie er sie darstellt. Er begründet seine Pläne unter anderem ja damit, daß heute 40 % der 2,4 Millionen Sozialwohnungen fehlbelegt sind. Das mag bundesweit gelten. In NRW sind es nur 10 %. Wir haben auf das Bundesgesetz entsprechend reagiert und bitten bei einer relativ geringen Spanne oberhalb der Einkommensgrenzen diejenigen, die darüber liegen, zur Kasse, nämlich einen Teil des Betrages, den sie im Vergleich mit einer Wohnung am normalen Mietmarkt einsparen, für die Wohnungsbauförderung abzugeben. In NRW sind mit diesem Geld Tausende von Wohnungen geschaffen worden. Wenn Herrn Töpfer die Fehlbelegung in der Bundesrepublik ein Herzensanliegen wäre, würde er eine einheitliche Regelung einführen.

(B)

Dann würde Herr Töpfer ein Bundesgesetz machen, das diese Frage schlußendlich für alle Länder gleich regelt. Damit wäre das Problem Fehlbelegung vom Tisch. Was er aber vorschlägt, ist nur ein Wegdefinieren in eine andere Kategorie. Das, was er vorschlägt, ist ein Belasten von Mietern und Vermietern, ein Aufbau von Staatsbürokratismus. Dagegen war das ZK der kommunistischen Partei der Sowjetunion wirklich eine freie Wirtschaft, Herr Zellnig. Was Herr Töpfer macht, ist der absolute rote Wahnsinn aus schwarz-gelben Tassen.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Sie haben befürchtet, daß im Jahr zwei der rot-grünen Koalition der Wohnungsbau darniederliegen wird. Es ist das erste Jahr, in dem Herr Vesper allein die Verantwortung hat. Wie sieht die Wirklichkeit aus? - In NRW ist, wie in den Jahren davor unter Frau Brusis, die Produktion im Wohnungsbau weiter gesteigert worden. Die letzte Zahl des Statistischen Landesamtes vom August belegt eine Zunahme im Wohnungsbau um 6 %.

Wir sind auf gutem Wege. Der Haushalt 1997 bietet die Chance, auf ihm voranzuschreiten und den Menschen, die es brauchen, ein gutes, bezahlbares Dach über dem Kopf in diesem Land zu schaffen. Wir werden uns auf diesem Weg nicht von Schalmeientönen oder anderen Tönen aus Bonn oder von wo auch immer verleiten lassen. Wir werden diesen Weg weitergehen und dem Haushalt zustimmen. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Wolf. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Tarner. Bitte schön.

Hedwig Tarner (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN! Ich freue mich auch, daß ich die CDU-Baupolitiker hier begrüßen kann.

(Minister Dr. Michael Vesper: Einen!)

- Nein, mehr. Dahinten sitzen noch Herr Löseke und Herr Riscop. (D)

Ich bin ja nicht die erste, die bedauert, daß die CDU die Möglichkeit ungenutzt gelassen hat, an den Haushaltsberatungen teilzunehmen. Ehrlich gesagt, so eine gute Ausrede ist mir noch nie eingefallen wie Ihnen, die Arbeit nicht zu machen. Aber auch wenn Sie an der Debatte nicht teilnehmen, heißt dies nicht, daß ich darauf verzichten werde, Ihre Baupolitik im Land unter die Lupe zu nehmen und in Relation zur Bonner Baupolitik zu setzen.

Das vergangene Jahr hat die Kluft zwischen Armen und Reichen in NRW größer werden lassen. Im Bereich des Wohnungsbaus beherrschen zwei scheinbar widersprüchliche Schlagzeilen die Diskussion. Zum einen fehlen immer noch - die Zahl ist abhängig vom Erheber - 330 000 Wohnungen. Zum anderen geht gleichzeitig das Gespenst der Wohnungsleerstandsdiskussion um. Das sind zwei Seiten der gleichen Medaille von vierzehn Jahren Kohl-Politik. Leerstehende Wohnungen gibt es im Bereich der Luxuswohnungen. Wohnungsnot und Obdachlosigkeit gibt es bei den Menschen am Rande der Gesellschaft, wobei immer mehr Gruppen zum Rand der Gesellschaft gehören.

(Tärner [GRÜNE])

(A) Ziel der grün-roten Baupolitik ist es, Wohnraum für Menschen zu schaffen, die sonst kaum eine Chance auf dem Wohnungsmarkt haben. Hier setzt die soziale Wohnungsbaupolitik ein.

Auch wenn die höhere Verzinsung der Baudarlehen, die in diesem Jahr durchgeführt wurde, viele Menschen finanziell belastet hat, so hat sie aber doch die Möglichkeit geschaffen, die in der Regierungserklärung angekündigte Anzahl von Wohnungen auch weiterhin zu fördern.

NRW hat seinen Förderungsschwerpunkt im ersten Förderweg, wie eben auch schon der Kollege Wolf sagte, also im Mietwohnungsbau und im Eigentumsbereich der unteren Einkommensschichten. Ihre Anträge, meine Damen und Herren von der CDU - vor allen Dingen der letzte Antrag, den wir im Ausschuß beraten haben -, haben eine andere Zielrichtung. Sie wollen die Einkommensgrenzen erhöhen und damit die mittleren Einkommensschichten verstärkt in die Förderung einbeziehen. Dieses Gießkannenprinzip hätte zur Folge, daß die Zahl der geförderten Wohnungen ansteige. Aber Quantität ist nicht alles, sondern es kommt auch auf die Zielgenauigkeit an. Doch ein großer Teil der Wohnungen oder Einfamilienhäuser der von Ihnen anvisierten Klientel würde auch ohne Landeszuschüsse realisiert werden. Es entsteht der sogenannte Mitnahmeeffekt, der fatale Folgen hätte. Er würde nämlich die finanziellen Mittel binden, die für den ersten Förderweg dringend notwendig sind.

(B) Wir haben einen anderen Weg beschritten. Die Bürgerinnen und Bürger mit mittlerem Einkommen haben durch das eingeführte Bürgerschaftsmodell die Möglichkeit, mit Unterstützung des Landes zu ihren Eigenheimträumen zu kommen. Wir lenken die Mittel schwerpunktmäßig in den ersten Förderweg. Dafür ernten wir von Ihnen immer wieder bittere Vorwürfe. Schauen Sie sich aber doch einmal an, welche Förderpolitik Herr Töpfer in Bonn macht. Nicht nur, daß er über fünf Jahre hinweg die Mittel für den sozialen Wohnungsbau halbiert hat, nein, in der zweiten Ergänzung zum Haushalt fehlen jegliche Mittel für den zweiten Förderweg. Der Bund hat sich komplett aus diesem Förderweg verabschiedet. Dahin wollen wir gar nicht; so weit gehen unsere Vorstellungen gar nicht. Aber dies zeigt, daß die Förderung des Wohnungsbaus für die mittleren Einkommensschichten nur bei der NRW-CDU einen hohen Stellenwert hat. Ihre Bonner Kollegen sehen dies anders.

(C) Die Annexion des Treuhandvermögens des Bergarbeiterwohnungsbaus durch die Bundesregierung ist ein weiterer Schlag gegen den sozialen Wohnungsbau in NRW. Der Bund hat aber einen finanziellen Beitrag zum sozialen Wohnungsbau zu leisten. Er kann nicht fortwährend die Mittel kürzen.

Ich kann Sie schon verstehen, daß Sie heute nichts zum Haushalt sagen wollen, zumindest nicht zum Bauhaushalt.

Jetzt zum nächsten Thema, nämlich dem staatlichen Hochbau, also Bauverwaltung, Bauunterhaltung und kleine Baumaßnahmen. Hier wird mit diesem Haushalt gezeigt, wie in Zeiten knapper Kassen trotzdem oder vielleicht gerade deshalb eine andere Politik gemacht werden kann. Die Deckungsfähigkeit der Mittel erlaubt die Erprobung neuer Steuerungsmodelle, mit denen eine Flexibilisierung der Ausgaben erreicht werden soll.

(D) Positiv ist auch die Aufstockung um 10 Millionen DM, mit der Maßnahmen zum rationelleren Energieeinsatz in Landesbauten bezuschußt werden. Unsere Landeshochbauten sind aus der Sicht des Energieverbrauchs dringend modernisierungsbedürftig. Fehlende Isolierungen und schlechte Heizungsanlagen verursachen einen hohen Energieverbrauch, der Jahr für Jahr zu finanzieren ist. Die beiden Regierungsfractionen suchen nach Wegen, hier ausgabenneutral eine Verbesserung zu erreichen.

Zuletzt, aber nicht das letzte, ist das REN-Programm. Die Breitenförderung, das Impulsprogramm Bau und Energie sowie die Niedrigenergiehausförderung sind elementare Bestandteile der Landesinitiative "Arbeit und Umwelt". Dieses Programm bringt zwei der wichtigsten Ziele unserer Koalition - Arbeit und Umwelt - unter einen Hut. Mit der Breitenförderung wird eine, wie der Name schon sagt, breite Markteinführung erprobter Technologien gefördert. Die Investitionsanreize dienen der effektiven Nutzung von Energie und dem Ausbau der regenerativen Energiequellen.

Unser Ziel ist es, die Weiterbildung im Bereich des energiesparenden Bauens gezielt zu fördern und den Wissenstransfer zu beschleunigen. Dies ist notwendig, und wir begrüßen die Überrollung des Haushaltstitels. Ich hoffe, wir werden irgendwann den Zeitpunkt erreichen, an dem energiesparende Techniken auch ohne Breitenförderung umgesetzt werden.

(Tärner [GRÜNE])

- (A) Meine werten Damen und Herren von der CDU, es macht nur halb so viel Spaß, Haushaltsberatungen ohne Opposition zu führen. Schade für Sie, daß Sie nicht die Chance nutzen und Ihre Positionen darstellen. Schade für uns; denn uns fehlt damit die Möglichkeit, in der Abgrenzung unser Profil deutlicher zu machen. Ich hoffe, bei den nächsten Haushaltsberatungen wieder eine sprechende CDU im Plenarsaal und in den Ausschüssen zu haben. - Danke.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Das Wort hat der Minister für Bauen und Wohnen, Herr Dr. Vesper. Bitte schön.

**Dr. Michael Vesper, Minister für Bauen und Wohnen:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß gestehen - eigentlich sollte man das ja in Haushaltsberatungen tunlichst nicht -: Ich bin mit dem Haushalt, der im Einzelplan 14 steht, eigentlich recht zufrieden. Natürlich hatte ich erwartet, daß Herr Zellnig, dessen Präsenz ich hier für das Protokoll gern noch einmal bestätige

(B)

(Zuruf von der SPD: Körperliche Präsenz!)

- er ist einer von etwa zehn CDU-Abgeordneten, die hier anwesend sind -, noch einige Anträge gestellt hätte, um den Haushalt auszuweiten, entsprechend den vielen verbalen Ankündigungen, die wir immer wieder hören. Statt dessen ist nur ein einziger Antrag gekommen, nämlich eine Leerstelle in meinem Etat zu schaffen. Das ist etwas dürftig.

Meine Damen und Herren, wenn ich sage, daß ich zufrieden bin, dann bezieht sich das auf die vier Ziele, die ich wohnungspolitisch verfolge. Zum einen ist das die Versorgung der finanziell schwächeren und sozial benachteiligten Haushalte, die wir dauerhaft sichern müssen und nicht vernachlässigen dürfen. Zweitens ist das die stärkere ökologische Komponente, die die Wohnungspolitik erhalten muß. Wohnungspolitik kann und muß ganz maßgeblich zum Klimaschutz beitragen.

Drittens verfolgen wir aber auch ein ökonomisches Ziel: Die vor allem mittelständisch geprägte Bauwirtschaft muß auf die neuen Märkte ausgerichtet werden, um in diesem Bereich dau-

erhaft Arbeitsplätze zu sichern und weiterhin einen entscheidenden Beitrag zur Inlandskonjunktur zu leisten. Denn Sie wissen alle: Die Bauwirtschaft ist die Lokomotive für die Konjunktur.

(C)

Das vierte Ziel, das wir verfolgen, ist ebenfalls ein ökonomisches Ziel: Die Kosten für das Wohnen müssen nämlich insgesamt möglichst gering gehalten werden, damit das Wohnen auf dem erreichten Qualitätsniveau und auch neue Investitionen in den Wohnungsbau weiterhin bezahlbar bleiben.

Wir haben in allen vier Bereichen Fortschritte erzielt. Wir haben zum Beispiel, Herr Zellnig, unser Soll erreicht, das wir im Koalitionsvertrag vereinbart und in der Regierungserklärung von Johannes Rau angekündigt haben: Auch im kommenden Jahr werden wir 2,9 Milliarden DM für die Förderung von 27 400 Wohneinheiten bereitstellen. Also wiederum mehr als 27 000, und das trotz der dramatisch zurückgehenden Bundeshilfen.

Kollegin Tärner hat gerade darauf hingewiesen: Seit 1993 hat der Bund seine Fördermittel um 1,65 Milliarden DM gekürzt. Das ist mehr, als der Bund jetzt noch zur Verfügung stellt, nämlich nur 1,2 Milliarden DM, und von diesen 1,2 Milliarden DM hat die Bundesregierung noch 250 Millionen DM gesperrt - in einer wirklich nur noch als Geiselnahme zu bezeichnenden Aktion -, bis die Bundesländer nämlich bereit sind, der Plünderung des Treuhandvermögens für den Bergarbeiterwohnungsbau zuzustimmen. Herr Zellnig, Herr Linssen, meine Damen und Herren, da hätte ich von Ihnen erwartet, daß Sie einmal Ihre Stimme in Richtung Bonn erheben und dieser wirklich ungeheuerlichen Einkassierung des Bergarbeiterwohnungsbauvermögens widersprechen.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber da ist leider von Ihnen nicht nur nichts gekommen, sondern Sie haben sogar noch zugestimmt.

Die Pläne der Bundesregierung machen deutlich: Es geht gar nicht darum, Mittel des Bergarbeiterwohnungsbaus für den sozialen Wohnungsbau umzuwidmen, sondern es geht ausschließlich um die Sanierung des Bundeshaushalts, es geht darum, die dramatische Kürzung, die der Bund dort vorgenommen hat, ein wenig zu kaschieren. Das kommt in einer Zeit - darauf hat Herr Wolf hingewiesen -, in der der Bundesbauminister Planungen vorgelegt hat, die faktisch zu einer Abschaffung

(Minister Dr. Vesper)

- (A) des sozialen Wohnungsbaus insgesamt führen würden, die dazu führen würden, daß 2,2 Millionen Haushalte, etwa 10 Millionen Menschen, in diesem Land teilweise erhebliche Mieterhöhungen zu verkraften hätten. Denn die Bundesregierung will die Bestandsmieten im sozialen Wohnungsbau auf Vergleichsmietenniveau anheben.

Meine Damen und Herren, ich sage hier ganz deutlich: Das ist mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht zu machen. Aber das ist auch mit allen anderen 15 Landesregierungen nicht zu machen. Wir werden diesem Kahlschlag eindeutig entgegengetreten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Eben ist schon die Fehlbelegungsabgabe angesprochen worden. Meine Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen ein funktionierendes System der Fehlbelegungsabgabe, das sogar von Herrn Töpfer und Frau Thoben in diversen Sonntagsreden anerkannt wird.

Ich frage Sie: Wenn in Bayern erst bei einer 55%igen Überschreitung der Einkommensgrenzen ein "Fehlbelegungsabgabchen" erhoben wird, warum sollen wir dann in Nordrhein-Westfalen und im ganzen Bund das System der Sozialmieten verändern? Dafür gibt es keinen Grund, und deswegen sind wir dafür, die Fehlbelegungsabgabe endlich bundesweit in einer angemessenen Form zu erheben, wie wir das in Nordrhein-Westfalen vormachen. Dafür gibt es Akzeptanz, und es führt dazu, daß erheblich weniger Wohnungen faktisch fehlbelegt sind als beispielsweise in Bayern, wo Menschen, die oberhalb der Einkommensgrenzen liegen, ihre Wohnungen weiterhin ohne zusätzliche Kosten nach Sozialmieten belegen können.

- (B) Ich bitte Sie, Herr Kollege Zellnig: Falls Sie überhaupt einen Einfluß auf Ihren Kollegen Töpfer in Bonn haben, dann machen Sie diesen geltend, und sagen Sie ihm, daß er so mit den Millionen Sozialmieterhaushalten nicht umspringen kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch in ökologischer Hinsicht haben wir in den ersten anderthalb Jahren rot-grüner Koalition eine Menge erreicht: Wir haben zum Beispiel einen Ökobonus in der Eigentumsförderung eingeführt. Wir werden, wie vom Landtag gewünscht, ein Bürgerschaftsmodell ausprobieren, um Haushalten mit mittleren Einkommen eine bessere Voraussetzung für die Eigenheimfinanzierung zu geben. Wir werden den zwei-

- ten Förderweg, dessen Förderung die Bundesregierung bereits eingestellt hat, zurückführen, weil er in den Mietenstufen 1 und 2 nicht mehr effektiv ist. Wir werden das ökologische Bauen verstärkt im Bestand fördern. (C)

Eine ganz wichtige Neuerung, die im kommenden Jahr bevorsteht, ist, daß wir den Niedrigenergiehausstandard, den wir in diversen Sonderprogrammen erprobt haben, zum obligatorischen Bestandteil im sozialen Wohnungsbau machen wollen. Ab 1997 soll in Nordrhein-Westfalen kein öffentliches Geld mehr in eine Wohnung fließen, in der noch Energie verschwendet wird. Es soll nur noch öffentliches Geld in Wohnungen fließen, die den Niedrigenergiehausstandard einhalten.

Darüber hinaus wollen wir mit dem Sonderprogramm "Zukunftsweisende Bauvorhaben" in eine neue Stufe ökologischen Bauens eintreten und das solare Bauen fördern. Des weiteren - darüber haben wir hier schon des öfteren gesprochen - wollen wir Wohnen und Verkehr stärker ineinander verschränken und mit dem Wahnsinn Schluß machen, daß Wohnungen völlig unabhängig von ÖPNV-Strömen geplant werden.

- Meine Damen und Herren, das REN-Programm ist sicherlich nicht nur für mein Ministerium, sondern für die gesamte Landesregierung eine Visitenkarte. Ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen, daß sie hier den Ansatz, den wir im letzten Jahr gegenüber dem ursprünglichen Ansatz 1995 schon verdoppeln konnten, noch einmal um 630 000 DM erhöht haben, so daß wir jetzt etwa 49,5 Millionen DM für die Breitenförderung im REN-Programm zur Verfügung haben. Das ist doppelt soviel, wie der Bund zur Verfügung stellt - er gibt 25 Millionen DM -, und das ist mehr als das, was alle anderen Bundesländer zusammen im Bereich der Breitenförderung tun. Ich denke, das ist in der Tat beispielhaft. (D)

Ich will Ihnen auch sagen, daß in diesem jetzt ablaufenden Jahr 1996 jeder Pfennig dieses Programms ausgegeben wurde. Die Haushaltssperre hat sich nicht auf dieses Programm erstreckt, und auch die globale Minderausgabe hat das Programm nicht beeinträchtigt. Jede Mark dieses Programms ist auch tatsächlich bei den Empfängern, also den privaten Haushalten, gelandet, die sich im Bereich der erneuerbaren Energieträger engagieren.

(Minister Dr. Vesper)

- (A) Ferner ist es uns gelungen - das sollte man hier auch einmal hervorheben -, im kommenden Jahr ein zusätzliches REN-Programm zu eröffnen, nämlich ein REN-Programm für Landesbauten. Ich denke, gerade das Land als Bauherr hat eine Vorbildfunktion und muß diese Vorbildfunktion auch im Bereich der erneuerbaren Energieträger erfüllen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will zum Schluß darauf hinweisen, daß Baupolitik immer auch Konjunkturpolitik ist und daß wir mit unserer Wohnungsbauförderung und all unseren Programmen dafür sorgen, daß Menschen am Bau Arbeit haben und daß Arbeitsplätze in zukunftsicheren Bereichen geschaffen und erhalten werden; dies geschieht auch durch das REN-Programm. Insofern werden wir auch weiterhin für ein sozial ausgewogenes und ökologisch orientiertes Wohnungsbauprogramm eintreten und dafür kämpfen, daß der soziale Wohnungsbau nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in der gesamten Bundesrepublik Zukunft hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Vesper. - Weitere Wortmeldungen liegen zum Einzelplan 14 nicht vor. Ich **schließe** deshalb die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 14 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/1614. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. - Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltung. Damit ist der **Einzelplan 14** mit den Stimmen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **verabschiedet** worden.

Ich rufe auf

**Einzelplan 11: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann**

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1611**, **eröffne die Beratung** und erteile für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Speth das Wort.

**Brigitte Speth (SPD \*):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man muß zunächst einmal feststellen, daß die diesjährigen Haushaltsberatungen eine völlig neue Qualität aufweisen: Die Opposition schweigt, sie hat sich verabschiedet. Dazu sage ich: Offensichtlich sind 30 Jahre Opposition in diesem Land noch nicht genug.

Die zweite Lesung des Haushaltes ist die Stunde des Parlamentes, die Stunde der Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker und damit selbstverständlich auch die Stunde der Opposition. Bereits in den Beratungen auch im Frauenausschuß hat sich die Opposition verabschiedet: kein Antrag, kein Redebeitrag zur Sache.

Im Frauenausschuß konnte man allerdings deutlich spüren, wie schwer es der CDU-Fraktion gefallen ist, sich offensichtlich auf Weisung an den Beratungen der Anträge der Koalitionsfraktionen nicht beteiligen zu dürfen.

Was ist das, meine Damen und Herren, für eine Opposition, die sich öffentlich dazu bekennt, den Auftrag, den Sie qua Wahl bekommen hat, nicht auszuführen? Das, meine Damen und Herren, ist aus meiner Sicht die Verletzung eines Verfassungsauftrags.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Besonders bedauerlich ist das Verhalten der Opposition im Frauenbereich. In der Vergangenheit bestanden dort trotz aller Unterschiede der Fraktionen in wichtigen frauenpolitischen Fragen und Forderungen auch Gemeinsamkeiten. Jahr für Jahr hat auch die CDU-Fraktion zum Beispiel dem Ausbau von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen zugestimmt. Ich war immer sehr froh, daß wir gerade in diesem politisch sehr sensiblen Bereich ein hohes Maß an Übereinstimmung hatten. Das hat übrigens auch der Sache sehr gut getan.

Nun zum Haushalt selbst! In Zeiten knapper Kassen findet der Sparprozeß in so mancher Kommune, in manchem Land, vor allem im Bund in besonders sensiblen Bereichen statt: in der Kinder- und Jugendpolitik, in der Kultur- und auch in der Frauenpolitik. Auf diesem Hintergrund bin ich der Landesregierung sehr dankbar, daß mit dem Einzelplan 11 ein Entwurf vorgelegt wurde, der im wesentlichen von Kürzungen verschont blieb. Damit bleibt es bei der politisch gewollten Schwerpunktsetzung im Frauenbereich.

(C)

(D)